

Länder fordern Klarheit über Asylverfahren

Kanzler Scholz und die Ministerpräsidenten beraten über irreguläre Migration und die geplante Bezahlkarte



Die Ministerpräsidenten diskutierten mit Bundeskanzler Olaf Scholz über die Integration von Flüchtlingen.

MARKUS PETERS, MICHAEL FISCHER UND ULRICH STEINKOHL

Berlin. Die Länder verlangen von der Bundesregierung Klarheit über eine mögliche Verlagerung von Asylverfahren in Länder außerhalb der EU. In einem am Mittwoch nach ihren Beratungen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) veröffentlichten Beschluss bitten die 16 Länderchefs die Ampel-Regierung in Berlin, bei der nächsten Bund-Länder-Konferenz am 20. Juni dazu erste Ergebnisse vorzulegen. Bald soll nach dem Willen der Länder auch feststehen, wann die vereinbarte Bezahlkarte für Asylbewerber kommt. Sie soll teilweise Bargeldauszahlungen ersetzen und damit verhindern, dass die Flüchtlinge Geld in ihre Heimatländer überweisen. In dem gemeinsamen Beschluss fordern die Länderchefs den Bund auf, dafür zu sorgen, dass der Bundestag einen entsprechenden Entwurf dazu rasch verabschiedet.

Scholz und die amtierenden Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), der Hesse Boris Rhein (CDU) und sein niedersächsischer Stellvertreter Stephan Weil (SPD), zogen vier Monate nach dem Migrationsgipfel im November insgesamt eine positive Zwischenbilanz der Umsetzung ihrer Beschlüsse. Es seien in den vergangenen Monaten bereits „grundlegende Veränderungen auf den Weg gebracht“ worden, betonte der Kanzler. Man dürfe bei der Begrenzung der irregulären Migration jetzt nur nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müsse „immer am Thema dranbleiben“.

Ryglewski sieht „gutes Zeichen“

Die Bremer Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Sarah Ryglewski (SPD), bewertete die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz als positiv: „Es ist ein gutes Zeichen, dass sich Bund und Länder über diese Fragen innerhalb von kurzer Zeit verständigen können.“ Nach den Beschlüssen vom September sei es notwendig gewesen, sich jetzt noch einmal zu treffen und die Detailfragen zu besprechen. Wie komplex die einzelnen Themen seien, habe man unter anderem beim geplanten Gesetz für die Asylbewerber-Bezahlkarte gesehen. Die Grünen hatten sich zwischenzeitlich bei dieser Frage quergestellt. „Hier war es wichtig, genau hinzuschauen und zu überprüfen, was rechtlich möglich ist“, erklärte die SPD-Politikerin.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) zeigte sich dagegen unzufrieden. „Die heutige MPK war wieder nur eine Bestandsaufnahme und hat nichts Neues gebracht“, sagte er. Bayern und Sachsen forderten in einer gemeinsamen Protokollnotiz, dass neu ankommende ukrainische Flüchtlinge künftig statt Bürgergeld wieder die normalen Leistungen für Asylbewerber erhalten. „Mit dieser Halbherzigkeit werden die Zugangszahlen im Sommer kaum sinken“, hieß es in der Notiz weiter. Hessen forderte, Länder mit einer Anerkennungsquote von unter fünf Prozent grundsätzlich zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Thüringen stellte sich gegen „Asyllager an den europäischen Außengrenzen“.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) meinte: „In der Migrationspolitik braucht es Tempo statt Zeitspiel.“ Vor allem beim Thema Asylverfahren in Drittstaaten gehe es nur im Schneckentempo voran, bemängelte er. Bereits 2021 habe die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag einen entsprechenden Prüfauftrag verankert. Passiert sei nichts. Beim Flüchtlingsgipfel im November hatte die Bundesregierung erneut eine Prüfung zugesagt. Auch in anderen europäischen Ländern werden entsprechende Modelle diskutiert. Italien hatte 2023 etwa eine Absichtserklärung mit Albanien zur Errichtung von zwei Zentren zur Aufnahme von im Mittelmeer geretteten Migrant*innen in Albanien unterzeichnet. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) hält eine Verlagerung von Asylverfahren generell für möglich, allerdings nur unter eng gefassten Bedingungen.

Weil: Obergrenze unrealistisch

In der Debatte über eine Obergrenze für Asylbewerber wurden sehr unterschiedliche Sichtweisen deutlich. Rhein nannte die Diskussion als Vorsitzender der Länder-Konferenz legitim. Der niedersächsische Ministerpräsident Weil hält eine Obergrenze aus verfassungsrechtlichen Gründen dagegen nicht für realistisch. Diese Fragen betreffen das Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention, sagte er. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hatte zuletzt „50.000 oder 60.000 Flüchtlinge pro Jahr“ als mögliche Grenze genannt.
